



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

32. Jahrgang · Heft 6

Juni 1980

Aktuelle Auslese



Ausbildungssituation 1979

Nach dem Berufsbildungsbericht 1980 wurden 1979 in Schleswig-Holstein 28 663 Ausbildungsplätze nachgefragt, das waren 8,2 % mehr als 1978. Die Nachfrage ergibt sich nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz aus der Zahl der am 30. 9. bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten, noch nicht in Ausbildungsplätze vermittelten Bewerber und der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge.

Das Angebot an Ausbildungsplätzen betrug 29 211, das waren 10,9 % mehr als 1978. Das Angebot umfaßt nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz die Zahl der am 30. 9. bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten, unbesetzten Ausbildungsplätze und die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge.

Das Angebot an Ausbildungsplätzen lag damit 1979 um 548 oder 1,9 % über der Nachfrage.



Studienabsichten 1980

Das Interesse an einem Studium hat wieder zugenommen. Das ergab jedenfalls die jährliche Befragung der Schüler in Schleswig-Holstein, die die Schule mit der Hochschulreife verlassen wollen. 1980 äußerten sich 6 037 Schüler — das ist die höchste Schülerzahl seit 1972, als diese Befragung erstmals durchgeführt wurde — etwa ein Vierteljahr vor der Schulentlassung zu ihren Studien- und Berufsvorstellungen. Die Auswertung ergab, daß zum Zeitpunkt der Befragung 68 % von ihnen vorhatten, ein Studium aufzunehmen, 12 % nicht studieren wollten und 20 % noch unentschieden waren. Der Anteil der Studienwilligen ist zwar deutlich geringer als 1972 (85 %), doch immerhin um 3 Prozentpunkte höher als im Vorjahr (65 %) und auch größer als 1978 (66 %). Da jeder fünfte Schüler zum Befragungszeitpunkt noch keine endgültigen

Vorstellungen über seine weitere Ausbildung hatte, kann sich der Anteil Studienwilliger weiter erhöhen. Die Studienbereitschaft der schleswig-holsteinischen Schüler entspricht mit 68 % dem Bundesdurchschnitt.

Besonders deutlich ist das Interesse an einem Studium bei den Männern gewachsen, bei denen 1980 der Anteil der Studienwilligen gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozentpunkte auf 73 % stieg. Bei den Frauen erhöhte sich der entsprechende Anteil lediglich um 2 Prozentpunkte und erreichte damit 63 %.

Trotz des gestiegenen Interesses an einem Studium ist der Anteil der Schüler, die ein Lehrerstudium aufnehmen wollen, weiterhin rückläufig. Von den über 6 000 erfaßten Schülern hatten nur 13 % vor, Lehrer zu werden (1979: 15 %, 1975: 23 %, 1972: 33 %).



Sozialhilfe 1978: 598 Mill.DM

Die Gesamtaufwendungen für Sozialhilfe haben sich auch 1979 trendgemäß erhöht; sie stiegen um 6,8 % auf nunmehr 598 Millionen DM. Der Anteil der Kreise und Gemeinden hieran war mit 48,4 % erstmals wieder etwas höher als im Vorjahr (48,0 %), nachdem er seit Jahren (1975: 50,4 %) gesunken war. Die Hilfe zur Pflege (266 Mill.DM), die unter den Hilfen in besonderen Lebenslagen (399 Mill.DM) den weitaus größten Aufwand beansprucht, ist mit nur 0,9 % auffallend wenig gestiegen, wobei ihr Hauptteil, nämlich die Gewährung dieser Hilfe in Einrichtungen (235 Mill. DM), praktisch nicht teurer (+ 0,1 %) war als 1978. Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe für Behinderte (80 Mill. DM), welche die nächst gewichtigste Hilfeart darstellt, beanspruchten 1979 zusammen gut die Hälfte (57,8 %) sämtlicher Sozialhilfenaufwendungen; dieser Anteil hatte seit 1974 immer nahe an 60 % gelegen. Weitere 32,9 % flossen in die traditionelle Hilfe zum Lebensunterhalt (197 Mill. DM).

Zu viel Statistik?

Am 21. März 1980 ist das Erste Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften in Kraft getreten. Es ändert in 27 Artikeln Einzelheiten des statistischen Programms, meistens im Sinne einer Kürzung. Ende vergangenen Jahres hat der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein eine Kommission für Verwaltungsvereinfachung berufen, die sich in einer ihrer Arbeitsgruppen auch mit Vereinfachungen im Statistikbereich befaßt. Zur Zeit wird in mehreren Anhörungen von Vertretern der Auskunftspflichtigen ermittelt, welche Statistiken und welche Erhebungsmodalitäten sie als besonders belastend empfinden und wo Erleichterungen gewünscht und für vertretbar gehalten werden. In diesem Verfahren ist auch mehrfach die Frage nach der Arbeitsweise und dem Sinn der Statistik gestellt worden. Der folgende Beitrag versucht, hierauf eine Antwort zu geben:

Im Laufe der Zeit gibt es immer wieder Klagen in der Presse und aus der Bevölkerung, vornehmlich aus der gewerblichen Wirtschaft, über zu große Belastungen durch statistische Erhebungen. „Zu viel, zu oft, zu kompliziert“ wird gesagt — oder man äußert ganz einfach Unverständnis darüber, daß die Statistik gerade dieses oder jenes, so oft oder schon so lange erhebt. Gelegentlich wird auch ein Anwalt eingeschaltet, der sich dann um die Freistellung seines Klienten von der statistischen Berichtspflicht bemüht. Nicht selten werden dabei die Mitarbeiter im Statistischen Landesamt für praxisferne Theoretiker gehalten, die wenig Ahnung vom praktischen Wirtschaftsgeschehen haben. Und schließlich werden oft inhaltsschwere Ergebnisse statistischer Arbeit mit dem — je nachdem — resignierenden Seufzer oder der vielsagenden Gebärde zur Kenntnis genommen: *Das ist ja doch alles nur Statistik.*

Was ist dran an solchen Äußerungen und wo liegen ihre Ursachen?

Nichts auf der Welt ist vollkommen, und auch *die Statistik* hat ihre Mängel, sind doch ihre Schöpfer auch *nur Menschen*. Sie bemühen sich allerdings, wie ihre Mitmenschen in anderen Lebensbereichen, sachgerecht um ihre Aufgabe. Es ist ihnen daher nicht gleichgültig, welches Echo ihre Tätigkeit in der Öffentlichkeit findet. Uns scheint eine wesentliche Ursache für manches Unverständnis im Mangel an Kenntnis über die statistischen Ämter und über die Aufgaben der Statistik zu liegen.

Die *statistische Materie* erschließt sich dem Beobachter sicher nicht wie ein schöner Garten dem Spaziergänger. Aber bei näherer Betrachtung zeigt sich ein

vielseitiges und gar nicht trockenes Arbeitsfeld. Hier wie dort erfüllen die *Gärtner* ihre Aufgaben mit viel Erfahrung und aufgeschlossenem Bemühen. Da wir vielfältige Lebensbereiche statistisch bearbeiten, haben wir auch viele verschiedene berufliche Vorbildungen in unserer Mannschaft. In die meisten Probleme der Datengewinnung können wir uns hineindenken: Wir sehen, wo Auskunft erteilen Mühe macht und daß die dafür gebrauchte Zeit kostbar ist. Deswegen kümmern wir uns intensiv um Entlastungsmöglichkeiten.

Ist die Statistik praxisfern?

Wir haben viele umfangreiche Totalerhebungen durch Stichproben ersetzt. Soweit wie möglich versuchen wir, die Stichprobenbetriebe nach einer Weile auszuwechseln. Wenn wir die Grundstruktur auskunftspflichtiger Betriebe kennen, werden bestimmte Fragebogen nach deren Spezialverhältnissen variiert, und wenn es irgend geht, werden bei komplizierten Wirtschaftsstatistiken die Begriffe des betrieblichen Rechnungswesens übernommen. Geht das nicht, versuchen wir, neue Erhebungen rechtzeitig anzukündigen, damit die Betriebe ihr Rechnungswesen darauf einstellen können. Leider gelingt das oftmals nicht, weil die Gesetze verspätet zustande kommen. Wer bestimmte Unterlagen für besonders kurzfristige Statistiken nicht rechtzeitig zur Hand hat, darf die erforderlichen Einzeldaten schätzen — wir vertrauen dabei auf den sachverständigen verantwortungsbewußten Unternehmer. Auch intern wird viel getan, um Erhebungsaufwand zu sparen. So werden Jahresaussagen häufig aus Monatsdaten verdichtet oder Produktionsdaten zu Strukturaussagen verarbeitet.

Leider lassen sich durch alle diese Maßnahmen die Erhebungen nur erleichtern und vereinfachen, nicht aber vermeiden. Wir müssen auch ganz deutlich sagen, daß wir viele Betriebe wegen ihres wirtschaftlichen Gewichtes von einigen dieser Erleichterungen ausschließen müssen. Dort häufen sich dann die Befragungen und man meint, wir seien ungerecht oder eben praxisfern — in Wirklichkeit geht es aber nicht anders, wenn wir weiterhin richtige Ergebnisse produzieren wollen. Deswegen bleibt es die ständige wichtige Aufgabe der Statistik — insbesondere aber auch der Auftraggeber in Regierungen und Parlamenten — immer wieder zu prüfen, ob das Verlangte auch wirklich gebraucht wird.

Zu viel Statistik und zu oft?

Das Aufgabenvolumen des Statistischen Landesamtes ist zu etwa 85 % durch die „Statistik für Bundeszwecke“ gesetzlich fixiert. Sie ist gerade kürzlich in einem aufwendigen Verfahren, das drei Jahre währte, komplett bis in alle Einzelheiten bei Bund und Ländern auf ihre Notwendigkeit hin überprüft worden. Dabei sind einige Späne gefallen, aber der Stamm ist geblieben, und so scheint uns der Schluß berechtigt: dieser Stamm wird gebraucht!

Wofür wird Statistik gebraucht?

Bei inzwischen rund 200 Einzelstatistiken sind spezielle Antworten in diesem kleinen Rahmen unmöglich. Die Statistiken betreffen alle Lebensbereiche, und man müßte deren wirtschaftliche, soziale oder allgemeinpolitische Problematik erörtern, denn genau dort liegt das wesentliche Einsatzfeld der Statistik.

Diskontsatz, Wachstumsrate, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Energieverbrauch, Lebenshaltungskosten, Agrarpreise — aber auch Bevölkerungsabnahme, Umweltbelastung, Jugendhilfe, Schulstandorte sind nur beispielhafte Stichworte für ganze Problembündel, die der Bevölkerung aus den Medien oder im eigenen Wirkungsbereich tagtäglich begegnen. Auf allen diesen Gebieten gibt es ständig Fragen, zu deren Lösung die Statistik vielfältige Hilfen beiträgt. Leider wird dieser Zusammenhang denjenigen, die zur Statistik berichten, viel zu selten bewußt.

Welcher Unternehmer weiß schon beim Ausfüllen seines Monatsberichts im Verarbeitenden Gewerbe oder seines vierteljährlichen Produktionsberichtes, daß die daraus erstellten Statistiken — vielfach zu Indizes verarbeitet — zum Beispiel eine wesentliche Entscheidungshilfe für finanzpolitische Beschlüsse der Deutschen Bundesbank sind, die ihn vielleicht stark betreffen? Welcher Handwerksmeister bedenkt jedes halbe Jahr, daß er mit seinem Erhebungsbogen über die gezahlten Löhne einen wesentlichen Beitrag zur Versachlichung der nächsten Lohnrunde leistet? Wer denkt bei dem kürzlich erschienenen Frühjahrsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Institute daran, daß in ihm die Ergebnisse der Produktionsstatistiken, der Preisstatistiken, der Investitionserhebungen, der Handwerksberichterstattungen, der Lohn-erhebungen und vieler weiterer Erhebungen verarbeitet wurden? Welcher Landwirt erinnert sich, wenn er vom

Marathon der Agrarminister in Brüssel hört, an die Anbau- und Erntestatistiken oder an die Außenhandelsstatistiken, die dafür die notwendigen MengenkompONENTEN für Getreide, Ölfrüchte oder Zucker liefern? Und wer weiß schon, daß man sich für den Standort des neuen Gymnasiums gerade an dieser Stelle in der Nachbarschaft u.a. deswegen entschieden hat, weil die aus der Bevölkerungsstatistik und den Schulstatistiken abgeleitete Vorausberechnung der zukünftigen Schülerzahlen dieses nahelegt?

Wie kann man die Notwendigkeit der Statistik klar machen?

Diese Beispiele und alle, die man noch nennen könnte, zeigen gemeinsam eines: Statistik ist Entscheidungshilfe. „Statistik ist eine Zusammenfassung von Methoden, welche uns erlauben, vernünftige Entscheidungen im Falle von Unwissenheit zu treffen“, haben Wallis und Roberts definiert. Vielleicht macht ein Vergleich es noch deutlicher:

Die Kanzel des Großflugzeugs birgt eine verwirrende Fülle technischer Meßinstrumente. Jedes einzelne davon oder alle zusammen bringen das Flugzeug weder in die Luft noch auf einen bestimmten Kurs, aber sie vermitteln der Mannschaft die Informationen, die zum Fliegen nötig sind. Die meisten Instrumente werden dabei ständig gebraucht, andere nur gelegentlich und einige nur im Notfall — dann aber um so dringlicher.

Ob die Mannschaft damit gut oder schlecht fliegt, hängt einmal von der Qualität und der Vollständigkeit dieser Instrumente ab, zum anderen aber auch vom fliegerischen Können der Mannschaft, von ihrer Fähigkeit, aus den Signalen der Instrumente richtige Schlüsse zu ziehen, und von ihrer Einsatzbereitschaft. Man könnte auch noch über den Zweck des Fluges nachdenken — aber wir wollen auf die Statistik zurückkommen: Auch sie ist ein komplexes System von Meßinstrumenten, und zwar für die Piloten in Parlamenten, Regierungen, Verwaltungen, für Wirtschaft und Wissenschaft und darüber hinaus für die gesamte Öffentlichkeit; und je komplizierter unsere Wirklichkeit ist, um so komplexer und empfindlicher müssen auch unsere Instrumente sein. Die meisten werden ständig gebraucht, andere nur gelegentlich und einige nur im Notfall, dann aber um so dringlicher — und deshalb müssen sie vorhanden sein und funktionieren.

Dr. Dieter Mohr

Wohngeldempfänger 1978 und 1979

Das Wohngeld, das je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen wird, ist seit 1965 fester Bestandteil der Wohnungspolitik. Es soll Mietern wie Besitzern von Eigenheimen und Eigentumswohnungen ermöglichen, zu tragbaren Kosten in einer angemessenen Wohnung, zu leben. Zur Zeit gilt das Wohngeldgesetz (WoGG) in seiner Neufassung vom 29. August 1977 (BGBl. I, S. 1685). Die damalige Novellierung hat das Wohngeld an die allgemeine Mieten- und Einkommensentwicklung anpassen sollen, weil seit Inkrafttreten der vorhergehenden Novelle im Januar 1974 viele Haushalte die Einkommensgrenzen der Wohngeldförderung überschritten hatten oder eine Verminderung der Wohngeldleistungen hinnehmen mußten.

Die wichtigsten Neuregelungen betrafen deshalb auch die Einkommensgrenzen der Wohngeldbezieher und die Höchstbeträge für Miete und Belastung, die der Entwicklung angepaßt wurden. Die Einkommensgrenzen erhöhten sich im Schnitt um mehr als 30 %. Bei einem Vierpersonenhaushalt lag die Grenze nach dem Bruttoeinkommen¹ 1977 noch bei 2 047 DM, ab 1978 dagegen bei 2 704 DM. Bei einem Zweipersonenhaushalt sprang die Grenze von 1 475 auf 1 932 DM.

Eine weitere wichtige Neuregelung des seit 1978 geltenden Wohngeldrechts betraf die Abkehr vom allgemeinen Freibetrag von 30 %, der zur Abgeltung der Belastung insbesondere durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bis 1977 vom Bruttoeinkommen abzuziehen war. Bei einem großen Teil der Wohngeldempfänger, insbesondere bei den Sozialversicherungsrentnern, standen dem bis 1977 geltenden allgemeinen Freibetrag keine oder nur geringe Aufwendungen der genannten Art gegenüber, die Erwerbstätigen dagegen wurden im Ergebnis benachteiligt. Statt dessen gibt es jetzt den in § 17 WoGG festgelegten, differenzierteren und stärker am tatsächlich verfügbaren Einkommen ausgerichteten pauschalen Abzug: Alle Wohngeldempfänger können mindestens 15 % Abzug vom Jahreseinkommen in Anspruch nehmen. Wenn entweder Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und zur Bundesanstalt für Arbeit oder Steuern vom Einkommen entrichtet werden, erhöht sich der pauschale Abzug auf 22,5 %. Nur dann, wenn sowohl die Beiträge für die soziale Sicherung als auch Steuern vom Einkommen entrichtet werden, ist der Abzugs-

betrag mit 30 % so hoch wie bis 1977. Empfänger von Arbeitslosengeld haben in jedem Fall Anspruch auf den pauschalen Abzug von 22,5 %.

Nach wie vor Bestandteil des Wohngeldgesetzes ist, daß über seine Auswirkungen quartalsweise und jährlich eine Bundesstatistik durchzuführen ist. Die jährliche Wohngeldstatistik weist Strukturdaten der Wohngeldbezieher am Jahresende in tief gegliederten Merkmalskombinationen und in einem an das neue Wohngeldrecht angepaßten Tabellenprogramm aus. Die Ergebnisse für Schleswig-Holstein für 1978 und 1979 sind Gegenstand der folgenden Betrachtungen.

Ergebnisse für 1978

Die Zahl der Wohngeldempfänger erreichte 1978 mit 99 364 einen Stand, der um 16 % über dem von 1977 liegt und dem des Jahres 1974, als ebenfalls eine Novellierung sich auswirkte, sehr nahe kommt. Damals hatten 99 713 Haushalte Wohngeld bezogen, ihre Zahl war danach wegen der allgemeinen Einkommensentwicklung bei unveränderter Wohngeldbemessungsgrundlage ständig gesunken.

Mietzuschuß erhielten 1978 89 % der Wohngeldempfänger, und zwar im Durchschnitt je Monat 82 DM. 1977 betrug der mittlere Mietzuschuß nur 67 DM. 1978 waren 62 % der Mietzuschußempfänger Einpersonenhaushalte, 7 % gehörten zu einer Familie mit 5 oder mehr Mitgliedern, fast zwei Drittel (64 %) waren Rentner, 11 % Sozialhilfeempfänger und 2 % arbeitslos. Der Anteil der Empfänger von Lastenzuschuß hat sich 1978 gegenüber dem Vorjahr erhöht, er stieg von 8 auf 11 %. Der mittlere Lastenzuschuß je Monat war 1978 mit 106 DM um 23 DM höher als 1977. Von den 10 818 Lastenzuschußempfängern war nicht ganz jeder dritte Rentner, etwa jeder zehnte Beamter. Weitere 37 % waren Arbeiter, 10 % Angestellte. Allein einen Haushalt bildete nur etwa jeder fünfte, Angehöriger einer fünf- oder mehrköpfigen Familie war dagegen etwa jeder dritte Lastenzuschußempfänger.

Durch das neue Wohngeldrecht sind größere Familien stärker als die Ein- oder Zweipersonenhaushalte begünstigt worden. Gegenüber 1977 ist die Zahl der Wohngeldempfänger insgesamt bei den Einpersonenhaushalten um 6 % und bei den Zweipersonenhaushalten um 7,5 % gestiegen. Bei den Haushalten mit

1) bei pauschalisierten Werbungskosten und pauschalem Abzug von 30 %

3 oder 4 Personen betrug die Steigerung dagegen 69 %, bei den noch größeren Haushalten 34 %. Der nach wie vor hohe Anteil der Einpersonenhaushalte ist bedingt durch den ebenfalls hohen Anteil der Rentner an den Wohngeldbeziehern: Von den Einpersonenhaushalten waren 82 % Rentner, von den wohngeldempfangenden Rentnern lebten 78 % allein.

Die folgende Übersicht zeigt die Anteile der einzelnen Haushaltsgrößen an der Gesamtzahl der Haushalte in Schleswig-Holstein (Mikrozensus 1978) und der Haushalte mit Wohngeldbezug 1978 im Vergleich:

	Haushaltsgröße ... Personen			
	1	2	3 oder 4	5 oder mehr
	Anteile in %			
Alle privaten Haushalte	27	30	33	9
Haushalte mit Wohngeldbezug	57	16	17	10

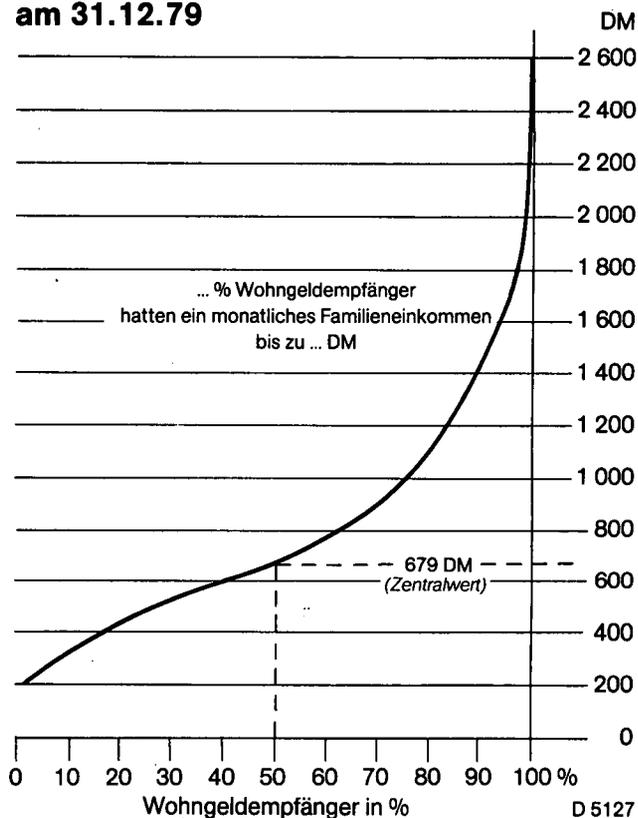
Die Übersicht macht deutlich, wie abweichend sich die Haushalte mit Wohngeldbezug auf die Haushaltsgrößenklassen verteilen: der Anteil der Alleinstehenden ist unter ihnen doppelt so hoch, die Anteile der mittleren Größen nur halb so hoch wie unter allen Haushalten.

In Bezug auf die soziale Struktur der Wohngeldempfänger hat der nunmehr unterschiedliche pauschale Abzug nach § 17 WoGG die gewünschte Wirkung gehabt: Der Anteil der Erwerbstätigen an der Zahl der Wohngeldempfänger betrug 1977 18 %, 1978 dagegen 24 %. Die Zahl der erwerbstätigen Wohngeldempfänger hat sich gegenüber 1977 um die Hälfte, die der nicht erwerbstätigen nur um 8 % erhöht.

Die folgende Grafik zeigt die kumulierte Verteilung der Wohngeldbezieher auf die einzelnen Größenklassen des monatlichen Familieneinkommens. Das Familieneinkommen ist nach § 9 WoGG der Gesamtbetrag der Jahreseinkommen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder unter Abzug der nach den §§ 12 bis 17 WoGG nicht zu berücksichtigenden Beträge, das monatliche Familieneinkommen ist ein Zwölftel davon. Der Zentralwert dieser Verteilung ist 679 DM monatlich.

Das Wohngeld soll die durch Miete oder Kapitaldienst und Bewirtschaftungskosten verursachte Belastung des Einkommens der Anspruchsberechtigten verrin-

Die Wohngeldempfänger und ihr monatliches Familieneinkommen am 31.12.79



gern. Zum Nachweis dessen, in welchem Maße dies gelungen ist, wird ein „Belastungsgrad“ verwendet, nämlich der Anteil der Wohnungskosten an den Einnahmen des Haushaltes. Für die Berechnung dieses Belastungsgrades wird ein „bereinigtes“ monatliches Familieneinkommen gebildet: dem der Wohngeldberechnung dienenden Familieneinkommen werden die nach § 14 WoGG außer Betracht bleibenden Einnahmen, nämlich die Kinderfreibeträge, die Freibeträge für besondere Personengruppen, die pauschalen Abzüge und die Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen wieder zugeschlagen. Die Werbungskosten (§ 12 WoGG) fehlen im so entstandenen Betrag nach wie vor. Die bereinigten Einnahmen stellen also für die Erwerbstätigen nicht das gesamte Bruttoeinkommen dar, sind aber die den Bruttoeinkommen der Nichterwerbstätigen analoge Größe. Die Einnahmen zur Verringerung der Miete oder Belastung (§ 13 WoGG) sind auch in den bereinigten Einnahmen nicht enthalten. Für die Ermittlung des in der folgenden Tabelle dargestellten Belastungsgrades steht ein Zwölftel des so bereinigten Familieneinkommens im Nenner, die monatliche Miete oder Belastung im Zähler. Die Miete im Sinne des WoGG schließt Umlagen und Zuschläge für Wasserverbrauch, Müllabfuhr und Treppenhausbeleuchtung ein, nicht

Mietbelastung der Wohngeldempfänger

Bereinigte monatliche Einnahmen		Zahl der Empfänger	Mietzuschuß		Zahl der Empfänger	Lastenzuschuß	
			Belastungsgrad in %			Belastungsgrad in %	
mehr als ... bis ... DM			vor	nach		vor	nach
			Gewährung des Wohngeldes			Gewährung des Wohngeldes	
Bis	200	131			17		
	200 — 400	2 338	43,4	14,3	194	43,1	15,1
	400 — 600	11 285	32,6	14,2	612	32,7	16,8
	600 — 800	16 390	28,9	16,2	787	29,6	17,0
	800 — 1 000	16 436	25,1	16,8	839	27,6	17,2
	1 000 — 1 400	22 418	22,4	16,0	1 265	28,0	19,0
	1 400 — 1 800	7 172	20,7	15,0	902	29,6	21,3
	1 800 — 2 200	5 658	18,4	14,4	1 637	27,2	21,5
	2 200 — 2 600	3 720	17,2	14,2	2 096	25,3	21,0
	2 600 — 3 000	1 609	16,2	13,3	1 268	22,7	19,0
	Über 3 000	1 389	11,8	9,9	1 201	18,5	15,5
Insgesamt		88 546	22,4	15,1	10 818	24,6	19,1
darunter ¹ mit ... % pauschalem Abzug vom Bruttoeinkommen für Steuer und Sozialbeiträge							
	15 %	64 739	24,8	15,6	4 076	26,5	17,1
	22,5 %	2 825	24,1	16,1	552	31,7	23,5
	30 %	14 983	18,1	14,4	6 190	23,7	19,4

1) Bei Mietzuschuß nur Hauptmieter

jedoch Heizkosten, Untermieterzuschläge und Vergütungen für die Überlassung von Möbeln u.ä. Zur Belastung gehören der Kapitaldienst (Tilgung und Zinsen), Instandhaltungs- und Betriebskosten, Grundsteuer und Verwaltungsaufwand.

In der untersten Klasse der monatlichen Einnahmen sind statt der Belastungsgrade Punkte gesetzt, weil der angewendete Rechenmodus hier zu unrealen Belastungsgraden (über 100 %) führt, wenn Wohngeldbezieher gar kein Einkommen haben, zum Beispiel bei Eintritt in den Rentenstand, bevor der Rentenbescheid vorliegt. Einen Belastungsgrad von 25 % und mehr „vor Wohngeld“ hatten — nach dem Durchschnitt je Klasse zu urteilen — etwa die Hälfte der Miet- und drei Viertel der Lastenzuschußempfänger. Die Belastung der Haushalte „vor Wohngeld“ war bei niedrigem Einkommen deutlich höher als bei höherem Einkommen.

Der Belastungsgrad „nach Wohngeld“ zeigt, daß die Mietzuschußempfänger eine Belastung von höchstens 16,8 % zu tragen hatten. Die mittlere Belastung aller Mietzuschußempfänger betrug vor Wohngeldgewährung 22,4 %, danach 15,1 %. Diejenigen Mietzuschußempfänger, die einen pauschalen Abzug nicht in voller

Höhe geltend machen konnten, reduzierten ihre Belastung von nicht ganz einem Viertel auf 16 %. Die 17 % der Mietzuschußempfänger mit vollem Pauschalabzug (30 %) hatten vor Wohngeld 18,1 %, nach Wohngeld dagegen nur 14,4 % Belastung.

Bei den Lastenzuschußempfängern waren die höheren Einkommensklassen erwartungsgemäß stärker besetzt. Der Belastungsgrad sowohl vor als auch nach Wohngeldgewährung war in den Klassen ab 1 000 DM bereinigten monatlichen Einnahmen deutlich höher als bei den Mietzuschußempfängern. Die Durchschnittswerte aller Lastenzuschußempfänger betragen 1978 vor Wohngeld 24,6 %, nach Wohngeld 19,1 %.

Der Wohngeldbetrag richtet sich u.a. nach der tatsächlichen Höhe der Miete oder Belastung. Damit nicht Antragsteller in unverhältnismäßig teuren Wohnungen im Vorteil sind, sieht das Wohngeldrecht für die zu berücksichtigende Miete oder Belastung Höchstbeträge vor, die allerdings ebenso wie die Einkommensgrenzen anpassungsbedürftig sind. Die seit dem 1.1.1978 wirksame Anhebung der Höchstbeträge für Miete hat dazu geführt, daß nur noch 24 % der Mietzuschußempfänger über den in § 8 Abs. 1 WoGG genannten Höchstbeträgen lagen. Seit der vorherigen

Anhebung zum Jahresanfang 1974 hatte die Zahl der Überschreitungen wegen der allgemeinen Steigerung der Mietaufwendungen kontinuierlich zugenommen, und zwar von 32 % 1974 auf 55 % im Jahre 1977. In den nicht öffentlich geförderten Wohnungen der Mietzuschußempfänger — dazu gehörte 1978 jede zweite Mietwohnung der Wohngeldbezieher — wurde Ende 1978 der Höchstbetrag in 31 %, in den öffentlich geförderten Mietwohnungen nur in 18 % der Fälle überschritten.

In 6 675 Fällen (8 %) gehörten Schwerbehinderte zum Haushalt der Mietzuschußempfänger, die die Voraussetzungen des § 8 Abs. 2 WoGG erfüllten und somit bei der Bestimmung der für den Höchstbetrag maßgebenden Haushaltsgröße doppelt zählen. Bei diesen Haushalten wurde der Miethöchstbetrag deshalb in nur 9 % der Fälle überschritten. Von den Lastenzuschußempfängern überschritt fast jeder zweite (47 %) die Höchstbeträge, 60 % der Überschreitungen betragen mehr als 25 % des Höchstbetrages.

Ergebnisse für 1979

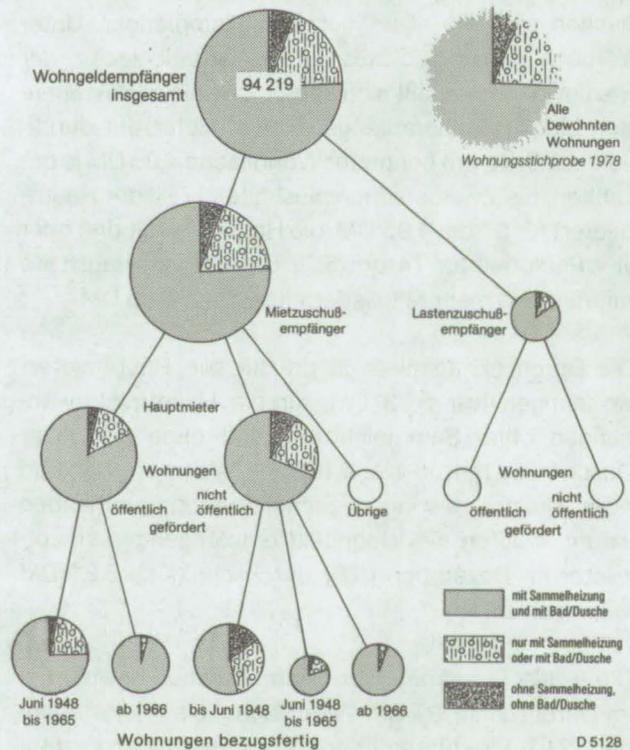
Das System der Wohngeldberechnung bringt es mit sich, daß viele Einkommen allein schon aufgrund der inflationsbedingten Nominalwertveränderungen aus den gesetzlich fixierten Höchstbeträgen herauswachsen. Deshalb hat sich 1979 die Zahl der Wohngeldbezieher in Schleswig-Holstein wieder verringert. Am 31.12.1979 bezogen 84 258 Personen Mietzuschuß, 5 % weniger als ein Jahr zuvor. Lastenzuschuß wurde nur noch 9 961 Empfängern gewährt, das sind 8 % weniger als 1978. Der mittlere Mietzuschuß betrug 1979 84 DM, 2 DM mehr als ein Jahr zuvor, der durchschnittliche Lastenzuschuß war mit genau 100 DM um 6 DM geringer als 1978. Der für 1978 bereits dargestellte durchschnittliche Belastungsgrad hat sich demgegenüber 1979 für die Mietzuschußempfänger vor Wohngeld auf 22,9 % und nach Wohngeld auf 15,6 % erhöht. Bei den Lastenzuschußempfängern stieg der Belastungsgrad vor Wohngeld nur auf 24,7 %, nach Wohngeld auf 19,7 %.

Die Höchstbeträge für Miete wurden Ende 1979 schon von 29 % der Mietzuschußempfänger überschritten, das sind 5 Prozentpunkte mehr als ein Jahr zuvor. Bei den Lastenzuschußempfängern stieg der Anteil der Überschreitungen um 4 Prozentpunkte auf 51 %. In allen für 1979 genannten Zahlen wird deutlich, daß die Wohngeldgewährung mit zunehmendem zeitlichen Abstand von der Festsetzung der Wohngeldbemessungsgrößen an Wirksamkeit verliert, bis eine Novel-

lierung wieder eine einschneidende Verbesserung ergibt. Eine Anpassung der Bemessungsgrößen ist für den Jahresanfang 1981 bereits in Vorbereitung.

Über die Wohnverhältnisse der Wohngeldbezieher 1979 soll die folgende Grafik einen Überblick geben. Als öffentlich gefördert gelten dabei die Wohnungen, die nach der Währungsreform (20.6.1948) fertiggestellt worden sind und für die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus Mittel öffentlicher Haushalte bewilligt worden sind. Die in der Grafik dargestellten Ausstattungsmerkmale und die Bezugsfertigkeit sind neben der Haushalts- und der Gemeindegröße die für die Höchstbeträge der Miete oder Belastung nach § 8 WoGG maßgeblichen Kriterien.

Die Wohnungen der Wohngeldempfänger und ihre Ausstattung am 31.12.1979



5 % der Wohngeldbezieher am 31.12.1979 wohnten in Wohnungen ohne Sammelheizung und ohne Bad oder Dusche. In 18 % der Wohnungen der Wohngeldempfänger war zumindest eine Sammelheizung oder ein Bad oder eine Dusche vorhanden. In immerhin 77 % der Fälle verfügten die Wohngeldbezieher sowohl über eine Sammelheizung als auch über Bad oder Dusche. Aus der Wohnungsstichprobe von 1978 ergibt sich,

daß in Schleswig-Holstein im April 1978 von allen Wohnungsinhaberhaushalten 74 % sowohl Sammelheizung als auch Bad, 6 % dagegen weder Sammelheizung noch Bad oder Duschaum zur Verfügung hatten. Die Ausstattung der Wohnungen der Wohngeldbezieher war im Durchschnitt also ein wenig besser als die aller Haushalte. Allerdings war der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen, die ja ausnahmslos nach 1948 gebaut worden und somit relativ gut ausgestattet sind, bei den Mietzuschußempfängern (nur Hauptmieter) mit 47 % deutlich höher als bei den Hauptmietern der Wohnungsstichprobe (27 %).

Die durchschnittliche Wohnungsgröße der Mietzuschußempfänger war mit 52 qm Wohnfläche recht gering, sie wird allerdings durch den hohen Anteil der Alleinstehenden (64 %) geprägt, bei denen die mittlere Wohnfläche 42 qm betrug. Für die Hauptmieter unter den Wohngeldbeziehern — das waren 93 % der Mietzuschußempfänger — liegen Durchschnittsmieten je qm vor; die dazu genannten mittleren benutzten Wohnflächen sind die aller Mietzuschußempfänger. Unter Vernachlässigung dieses Größenunterschiedes der Bezugskollektive läßt sich sagen, daß die alleinstehenden Mietzuschußempfänger (Hauptmieter) für durchschnittlich 42 qm benutzter Wohnfläche 4,99 DM je qm zahlten, die Zweipersonenhaushalte (17 % der Hauptmieter) für 57 qm 4,95 DM, die Haushalte mit drei oder vier Personen für 74 qm 5,22 DM und die Haushalte mit fünf und mehr Mitgliedern für 92 qm 5,06 DM.

Die Durchschnittsmiete je qm für alle Hauptmieterwohnungen war 5,03 DM, für die Hauptmieterwohnungen ohne Sammelheizung und ohne Bad oder Duschaum betrug sie 3,19 DM. Wenn sowohl Bad oder Dusche als auch Sammelheizung vorhanden waren, mußten die Wohngeld empfangenden Hauptmieter im Dezember 1979 durchschnittlich 5,31 DM je qm zahlen.

Die 9 961 Empfänger von Lastenzuschuß bewohnten im Durchschnitt 97 qm Wohnfläche, die Alleinstehenden (21 %) verfügten über 73 qm. Diejenigen Lastenzuschußempfänger, die die Höchstbeträge für die Belastung überschritten (51 %), benutzten eine durchschnittliche Wohnfläche von 105 qm. Nicht ganz ein Drittel (32 %) aller Lastenzuschußempfänger überschritt die Höchstbeträge um mehr als 25 %. Die durchschnittliche Belastung je qm benutzter Wohnfläche betrug bei den Lastenzuschußempfängern insgesamt 5,08 DM. Wenn sowohl Sammelheizung als auch Bad oder Dusche vorhanden waren — das traf für 85 % der Lastenzuschußempfänger zu —, waren im Mittel je qm 5,35 DM Belastung zu tragen.

**Wohngeldempfänger je 1 000 Einwohner
in den kreisfreien Städten und Kreisen am 31. 12. 1979**

KREISFREIE STADT	Wohngeldempfänger			
	Kreis	insgesamt	Miet-	Lasten-
	Anzahl	je 1 000 Einwohner	zuschuß je 1 000 Einwohner	zuschuß je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	6 412	72,2	70,5	1,7
KIEL	10 668	42,5	41,9	0,7
LÜBECK	10 791	48,6	47,5	1,1
NEUMÜNSTER	3 499	43,6	40,7	2,9
Kreisfreie Städte zus.	31 370	48,9	47,6	1,2
Dithmarschen	4 989	38,3	28,2	10,1
Hzgt. Lauenburg	4 729	30,6	27,3	3,3
Nordfriesland	5 118	31,8	23,9	7,9
Ostholstein	6 345	45,4	40,1	5,3
Pinneberg	7 790	30,1	28,2	1,9
Plön	3 323	28,7	24,8	3,9
Rendsburg-				
Eckernförde	8 655	35,5	30,0	5,5
Schleswig-Flensburg	5 730	31,7	24,7	7,0
Segeberg	5 788	27,9	24,3	3,6
Steinburg	5 553	43,1	37,5	5,5
Stormarn	4 829	26,0	24,1	1,9
Kreise zusammen	62 849	32,1	27,4	4,7
Schleswig-Holstein	94 219	36,3	32,4	3,8

Von den Wohngeldbeziehern Ende 1979 lebten genau ein Drittel in den kreisfreien Städten und zwei Drittel in den Kreisen. Der Anteil der vier kreisfreien Städte an der Wohnbevölkerung dagegen betrug nur ein Viertel. Je 1 000 Einwohner gibt es in den vier Großstädten 49 Wohngeld- und davon 48 Mietzuschußempfänger. Die Lastenzuschußempfänger in Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster zusammen machen nur 8 % der Landeszahl aus, die entsprechenden Mietzuschußempfänger dagegen 36 %.

Je 1 000 Einwohner gibt es in den Landkreisen die meisten Wohngeldbezieher in Ostholstein (45) und Steinburg (43). Nur in diesen beiden Kreisen wird das für die kreisfreien Städte typische Niveau erreicht. Die relativ meisten Lastenzuschußempfänger finden sich dagegen in Dithmarschen (10 von 1 000 Einwohnern) und in Nordfriesland (8). Bei den Lastenzuschußempfängern liegen fast alle Kreise über dem Niveau der kreisfreien Städte; Ausnahmen sind die Hamburger Randkreise Pinneberg und Stormarn mit je 1,9 Empfängern je 1 000 Einwohner.

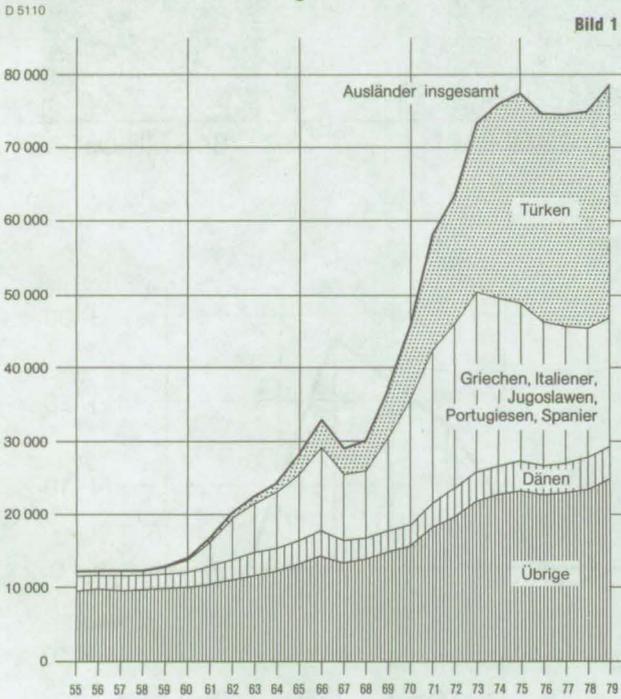
Bernd Struck

Ausländer in Schleswig-Holstein

Am 30. September 1979 lebten, die Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte und der diplomatischen Vertretungen nicht mitgezählt, 78 300 Ausländer in Schleswig-Holstein. Die statistischen Angaben über sie beruhen auf einer maschinellen Auszählung des beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregisters durch das Statistische Bundesamt.

Innerhalb eines Jahres ist die Zahl um 3 300 gestiegen, so daß nunmehr 30 von 1 000 Einwohnern Ausländer sind. 31 300 oder 40 % sind Türken. Ihnen folgen in weitem Abstand 5 600 Jugoslawen vor 4 400 Dänen.

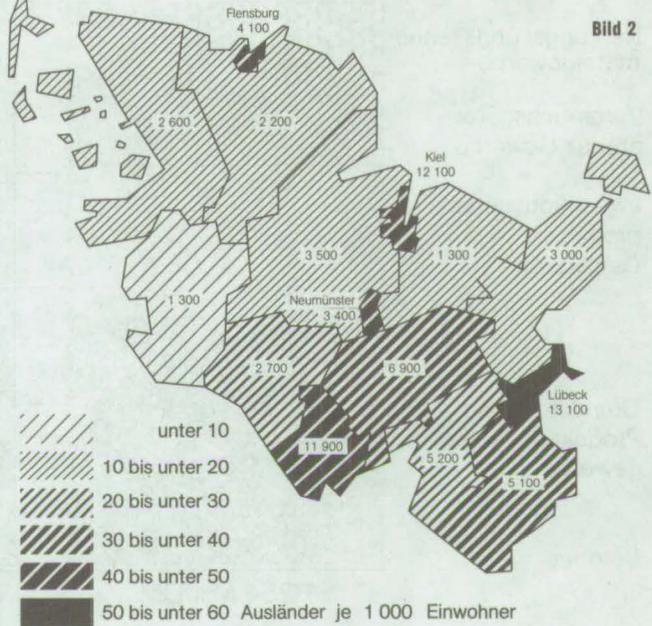
Ausländer in Schleswig-Holstein 1955 bis 1979



Sechs Zehntel der Ausländer stammen aus den ehemaligen Anwerbeländern Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien und der Türkei. Ihre Zahl ist gegenüber 1955 fast 60mal so hoch. Die Türken haben, wie Bild 1 zeigt, den hier lebenden Ausländern aus den anderen fünf Anwerbeländern schon seit 1974 den Rang abgelaufen.

Die regionalen Unterschiede sind groß: Mit je 1 300 Personen leben die wenigsten Ausländer aller 15 Kreise und kreisfreien Städte in Dithmarschen und Plön. Bei einer Kreisbevölkerung von 130 400 und 115 900

Die Ausländer in regionaler Verteilung am 30. September 1979



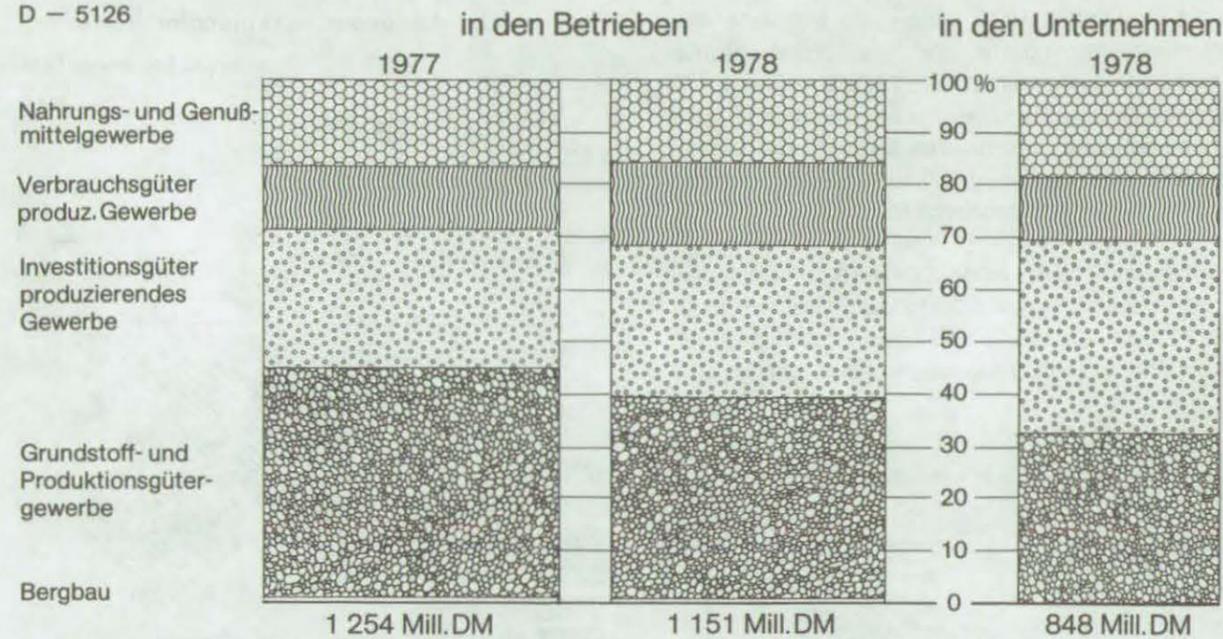
Personen kommen auf 1 000 Einwohner Dithmarschens 10, auf 1 000 Einwohner Plöns 11 Ausländer. Die meisten wohnen in Lübeck. Von den 223 300 Bürgern der Hansestadt sind 13 100 Ausländer. Von 1 000 Lübeckern besitzen damit 59 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung reicht von 10 bis 59 je 1 000 Personen.

In den vier kreisfreien Städten leben zusammen 32 700 oder 42 % aller Ausländer, weitere 29 000 oder 37 % in den vier an Hamburg grenzenden Kreisen Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. Bild 2 zeigt, wie sich die Ausländer auf die kreisfreien Städte und den Süden des Landes konzentrieren. Die Auszählung aus dem Ausländerzentralregister ordnet die Ausländer ihrem Wohnort zu, nicht ihrem Arbeitsort. Ihr starkes Auftreten im Süden des Landes wird daher nicht nur vom Arbeitsplatz- und Ausbildungsangebot unseres Landes bestimmt, sondern auch von dem des angrenzenden Hamburg und Niedersachsen.

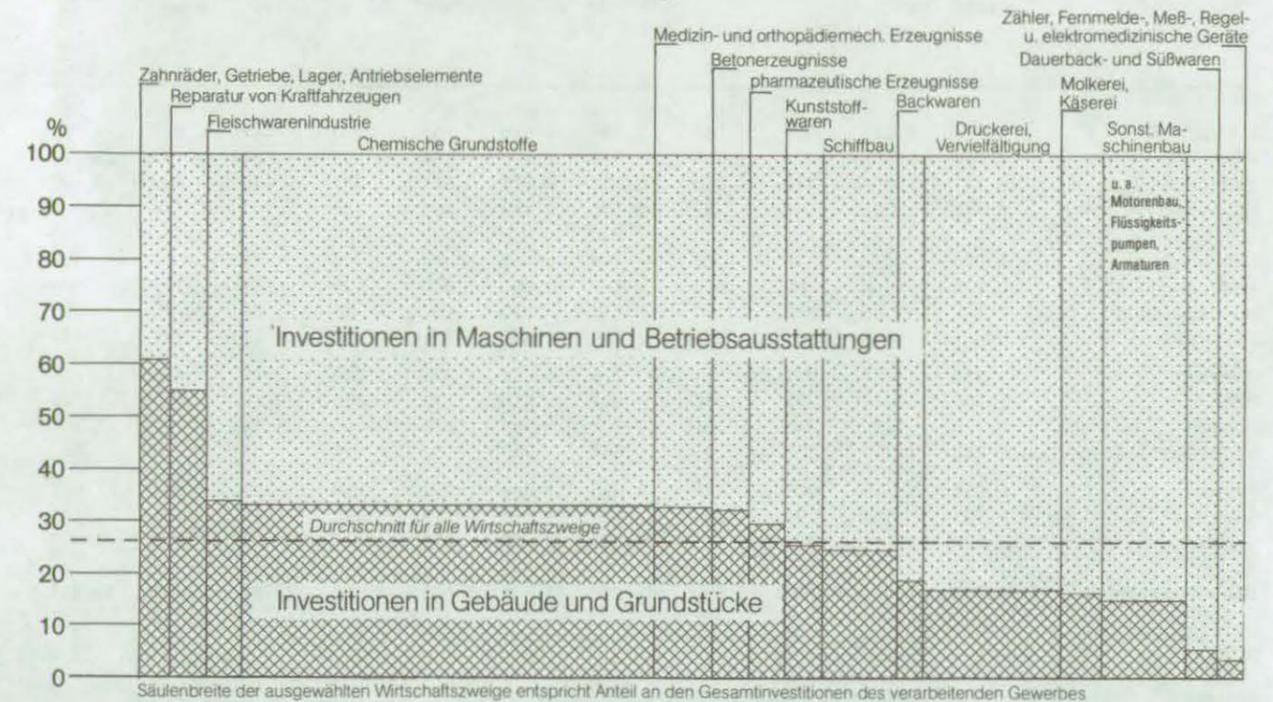
In den vier kreisfreien Städten und in den südlichen Kreisen Schleswig-Holsteins überwiegen Ausländer aus den Anwerbeländern, auch dann, wenn Italien hier nicht mitgezählt, sondern der Gruppe der acht außerdeutschen EG-Staaten zugerechnet wird, wie es in Tabelle 1 geschehen ist. In den nördlichsten Gebieten Schleswig-Holsteins wird der hohe Anteil der aus

INVESTITIONEN IM VERARBEITENDEN GEWERBE in Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

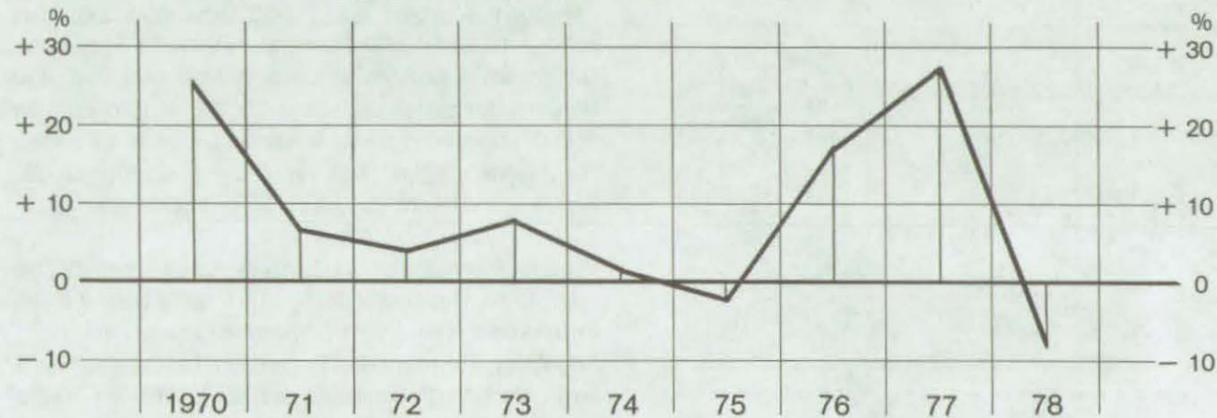
D - 5126



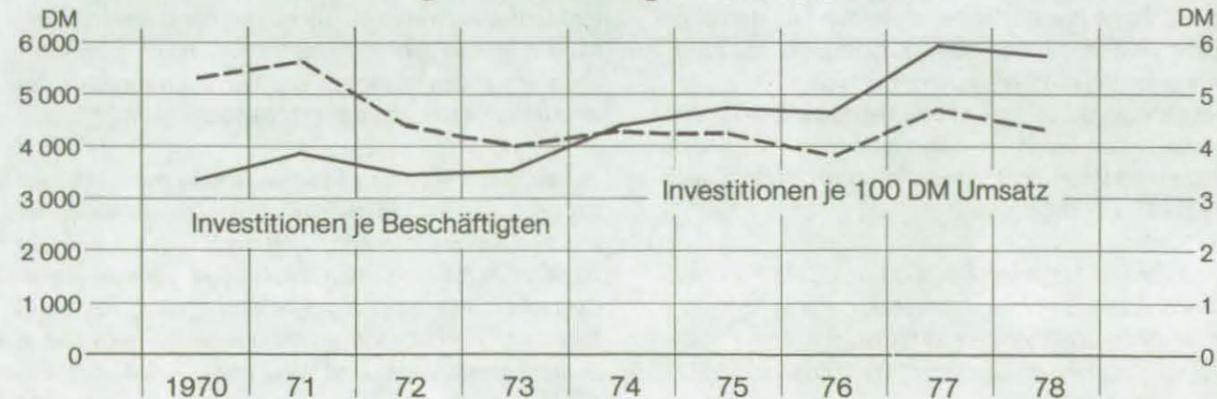
Investitionen 1978 nach der Art der Anlage



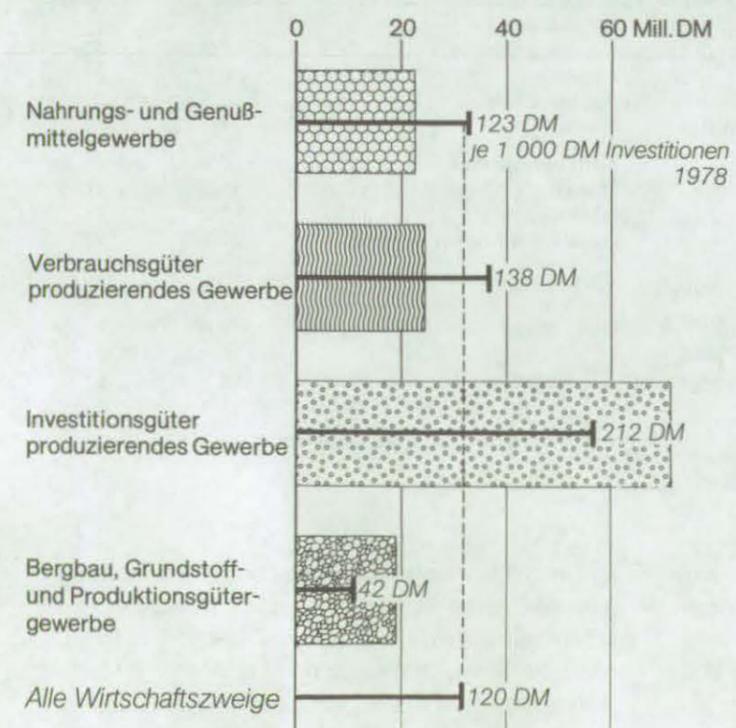
Jährliche Veränderungen der Investitionen



Investitionen in Beziehung zu Beschäftigten und Umsatz



Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen 1978



Das Investitionsvolumen des verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein ist im Jahre 1978 um gut 8 % auf 1,2 Mrd. DM gesunken. Die Abnahme war im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe am auffälligsten, und zwar hierunter insbesondere im Chemiebereich. Offensichtlich ist der Höhepunkt der Aufwendungen für den Bau von neuen Produktionsanlagen im Brunsbütteler Raum überschritten. Die jährlichen Veränderungsdaten seit 1970 zeigen, daß die Investitionsneigung nur teilweise der konjunkturellen Entwicklung folgt; 1970 wie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre sind Sonderentwicklungen zu erkennen, die sich auf wenige Betriebe konzentrieren und doch das Bild der gesamten Statistik stark beeinflussen. Je Beschäftigten haben sich die Investitionen im Laufe der letzten acht Jahre deutlich erhöht. Bezogen auf den Umsatz ist dagegen eine Abnahme der investiven Anschaffungen ermittelt worden. Dies spricht für einen vergleichsweise stärkeren Einsatz des Produktionsfaktors Kapital in den Unternehmen und eine Abnahme des Anteils, der aus den Erlösen für Investitionen bereitgestellt worden ist.

74 % der Bruttozugänge auf Anlagekonten entfielen auf die Beschaffung von Maschinen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen; der Rest (26 %) wurde in Gebäude und Grundstücke investiert. Die Darstellung oben legt je nach Wirtschaftszweig bedeutende Unterschiede in der Aufteilung auf die beiden Anlagearten für das Geschäftsjahr 1978 dar. Für gemietete und gepachtete Sachanlagen wurden im Berichtszeitraum 138 Mill. DM ausgegeben. Hiervon entfiel allein auf das Investitionsgüter produzierende Gewerbe mehr als die Hälfte, nämlich 52 %.

Tabelle 1

Ausländer am 30. September 1979 nach der Staatsangehörigkeit

KREISFREIE STADT Kreis	Ausländer insgesamt	Aus EG-Staaten		Aus Anwerbeländern (ohne Italien)						Übrige	
		zusammen	darunter Däne- mark Italien	zu- sammen	Türkei	Jugo- slawien	Spanien	Grie- chen- land	Por- tugal		
FLENSBURG	4 059	1 221	1 014	68	2 138	1 390	153	36	542	17	700
KIEL	12 050	1 065	238	252	8 088	6 969	665	319	92	43	2 897
LÜBECK	13 131	1 302	145	678	8 733	6 677	627	351	672	406	3 096
NEUMÜNSTER	3 442	261	42	89	2 666	2 185	286	132	49	14	515
Dithmarschen	1 265	319	41	87	449	319	77	18	11	24	497
Hzgt. Lauenburg	5 086	642	58	302	3 468	2 636	442	190	81	119	976
Nordfriesland	2 620	1 185	614	183	480	218	137	89	26	10	955
Ostholstein	2 991	659	101	289	1 039	461	221	159	57	141	1 293
Pinneberg	11 912	1 731	242	561	7 716	4 421	1 020	1 239	608	428	2 465
Plön	1 286	322	75	65	394	218	135	25	6	10	570
Rendsburg-Eckernförde	3 475	832	345	121	1 501	1 169	222	55	13	42	1 142
Schleswig-Flensburg	2 233	1 297	1 056	49	364	215	52	28	64	5	572
Segeberg	6 851	1 263	203	415	3 890	1 864	902	286	322	516	1 698
Steinburg	2 703	554	79	248	1 658	1 268	179	116	71	24	491
Stormarn	5 192	919	149	203	2 806	1 328	490	155	155	678	1 467
Schleswig-Holstein	78 296	13 572	4 402	3 610	45 390	31 338	5 608	3 198	2 769	2 477	19 334

einem EG-Staat stammenden Ausländer durch die Zahl der dort wohnenden Dänen bestimmt. Im Kreis Schleswig-Flensburg besitzen 47 % aller Ausländer die dänische Staatsangehörigkeit, in Nordfriesland und in Flensburg ein Viertel und im Kreis Rendsburg-Eckernförde immerhin noch jeder zehnte Ausländer. Im gesamten Land leben 13 600 Angehörige der genannten acht EG-Staaten, das sind 17 %. Anders ausgedrückt: Jeder sechste Ausländer stammt aus einem Staat der Europäischen Gemeinschaft.

Verglichen mit dem übrigen Bundesgebiet leben in Schleswig-Holstein jedoch recht wenige Ausländer, nämlich nur 2 % von 4,1 Millionen. Mit 30 je 1 000 Einwohnern ist die Ausländerdichte die geringste unter den elf Ländern. Nur in Niedersachsen, im Saarland und in Rheinland-Pfalz liegt der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung ähnlich niedrig.

Am höchsten ist der Ausländeranteil in Baden-Württemberg mit 93 und Westberlin mit 101 von 1 000 Einwohnern. Der Anzahl nach leben dagegen die meisten Ausländer in Nordrhein-Westfalen, nämlich 1,3 Millionen. Das ist fast ein Drittel aller Ausländer der Bundesrepublik Deutschland. In Baden-Württemberg und Bayern wohnen nochmals 852 000 und 652 000 Ausländer, so daß auf die drei genannten Länder zu-

Tabelle 2

Ausländer im Bundesgebiet am 30. 9. 1979

Land	In 1 000	%	Je 1 000 Einw.
Schleswig-Holstein	78,3	1,9	30
Hamburg	129,8	3,1	78
Niedersachsen	261,3	6,3	36
Bremen	43,4	1,0	62
Nordrhein-Westfalen	1 277,0	30,8	75
Hessen	467,8	11,3	84
Rheinland-Pfalz	148,3	3,6	41
Baden-Württemberg	852,1	20,6	93
Bayern	652,3	15,7	60
Saarland	40,7	1,0	38
Berlin (West)	192,9	4,7	101
Bundesgebiet	4 143,8	100	67

Quelle: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/80

sammen 2,8 Millionen oder zwei Drittel aller Ausländer entfallen. Außer Berlin gibt es noch 18 weitere Großstädte mit einem Ausländeranteil über 10 %. In München, Stuttgart, Offenbach und Frankfurt am Main ist jeder sechste bis fünfte Einwohner ein Ausländer.

Tabelle 3

Ausländer in Städten mit über 100 000 Einwohnern am 30.9.1979

Stadt	Ausländer je 1 000 Einwohner ¹
Berlin (West)	101
Krefeld	108
Wiesbaden	111
Augsburg	112
Nürnberg	112
Pforzheim	117
Heilbronn	118
Ludwigshafen	118
Solingen	118
Duisburg	119
Neuss	125
Düsseldorf	130
Mannheim	130
Köln	134
Remscheid	143
München	167
Stuttgart	169
Offenbach	193
Frankfurt am Main	205

¹) Einwohner vom 30. 6. 1979

Quelle: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/80, S. 67*

Weitere Unterschiede zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet zeigen sich, ordnet man die Ausländer nach ihrem Heimatstaat. Zwar stehen Türken und Jugoslawen hier wie dort an erster und zweiter Stelle der Häufigkeit; während aber 31 % aller im Bundesgebiet lebenden Ausländer Türken und 15 % Jugoslawen sind, kommen die Türken in Schleswig-Holstein auf 40 % und die Jugoslawen auf 7 %. Die Italiener liegen im Bundesgebiet knapp hinter den Jugoslawen, in Schleswig-Holstein entfallen auf sie dagegen nur 5 %. Die Griechen haben im Bundesgebiet mit 7 % einen doppelt so hohen Anteil wie in unserem Land. An dritter Stelle nach Türken und Jugoslawen folgen in Schleswig-Holstein die Dänen mit 6 %.

Der Altersaufbau der ausländischen Einwohnerschaft wird immer noch dadurch bestimmt, daß ein großer Teil von ihnen nach Schleswig-Holstein gekommen ist, um zu arbeiten. Der Altersbaum der Ausländer weist seine ausladendsten Stellen für das Alter zwischen 20 und 40 Jahren auf. Die im Vergleich zur deutschen Bevölkerung höhere Fruchtbarkeit der Ausländerinnen schlägt sich in einer breiteren Basis des Altersbaums nieder. Der Fuß des Altersbaums der Deutschen verjüngt sich dagegen deutlich.

Tabelle 4

Ausländer nach der Staatsangehörigkeit im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein am 30.9.1979

Staatsangehörigkeit	Bundesgebiet		Schleswig-Holstein	
	in 1000	%	in 1000	%
Europa	3 691,1	89,7	68,1	87,0
Italien	594,4	14,4	3,6	4,6
Niederlande	106,1	2,6	1,6	2,0
Großbritannien und Nordirland	72,7	1,8	2,6	3,4
Frankreich	64,5	1,6	0,9	1,2
Belgien	15,7	0,4	0,2	0,2
Dänemark	10,8	0,3	4,4	5,6
Luxemburg	4,3	0,1	0,04	0,1
Irland	4,5	0,1	0,2	0,2
EG-Staaten	873,0	21,2	13,6	17,3
Türkei	1 268,3	30,8	31,3	40,0
Jugoslawien	620,6	15,1	5,6	7,2
Griechenland	296,8	7,2	2,8	3,5
Spanien	182,2	4,4	3,2	4,1
Portugal	109,8	2,7	2,5	3,2
Österreich	168,9	4,1	2,6	3,4
Übriges Europa	171,4	4,2	6,5	8,3
Afrika	88,5	2,2	2,4	3,0
Amerika	106,8	2,6	2,8	3,6
Asien	170,3	4,1	3,3	4,2
Australien und Ozeanien	6,3	0,2	0,3	0,3
Staatenlos	32,1	0,8	1,2	1,6
Ungeklärt und ohne Angabe	21,6	0,5	0,2	0,3
Insgesamt	4 143,8	100	78,3	100

Anzahl und Anteil der ausländischen Kinder unter 15 Jahren haben sich durch Geburten, Familienzusammenführungen und sonstige Zuwanderungen ständig erhöht. 1973 wurden 11 400 Ausländer dieses Alters gezählt, sechs Jahre später bereits 18 800 mit der Folge, daß 1973 16 % aller Ausländer weniger als 15 Jahre alt waren und 1979 bereits 24 %.

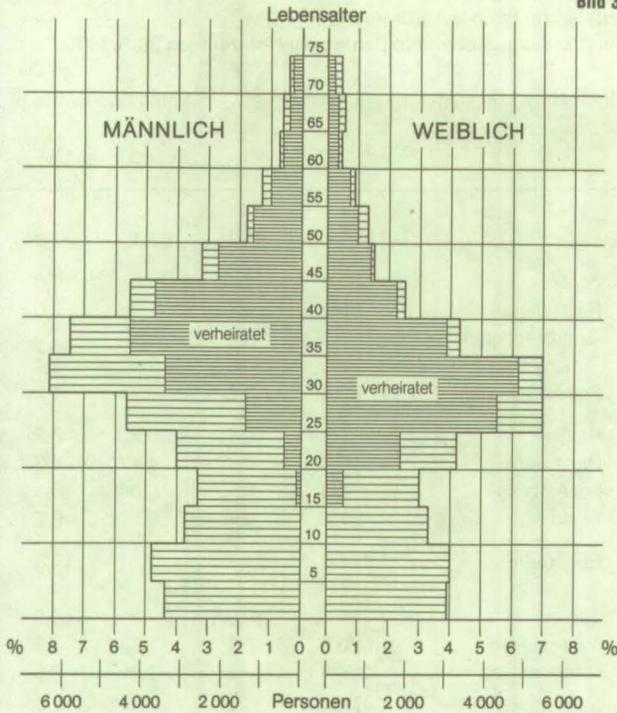
Daß die ausländische Bevölkerung noch eine Erwerbsbevölkerung ist, erkennt man auch an dem geringen Anteil der älteren Personen: Nur 3 % der Ausländer sind 65 Jahre alt und älter.

Hohe Geburtenzahlen und Familienzusammenführung haben andererseits den Anteil der im erwerbsfähigen

Altersaufbau der Ausländer am 30. September 1979

D 5112

Bild 3



Alter von 15 bis 65 Jahren stehenden Ausländer zwischen 1973 und 1979 von 82 auf 73 % fallen lassen. Auch ihre Anzahl ist gesunken, und zwar um 2 800.

40 % aller im Lande lebenden Ausländer sind Türken. Sie haben eine besonders hohe Fruchtbarkeit. 1978 zum Beispiel waren 70 % aller Neugeborenen türkischer Abstammung. Es verwundert daher nicht, daß 60 % aller unter 15 Jahre alten Ausländer türkischer Staatsangehörigkeit sind. Der Anteil der jugoslawischen Kinder dieses Alters entspricht mit 7 % dem Anteil aller Jugoslawen im Lande. 790 Kinder unter 15 Jahren sind Griechen, 690 Italiener, 600 Spanier und 560 Dänen. Wie schwierig die Schulprobleme an manchen Orten sein müssen, zeigen schon diese Zahlen.

Nur 2 300 der 78 300 Ausländer waren 65 Jahre alt und älter, das heißt knapp 3 %. Aus den Anwerbeländern Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien und der Türkei stammen davon nur 250, das sind weniger als die 280 Dänen und wenig mehr als die 220 Polen dieses Alters.

Die Altersverteilung hängt mit der Dauer des Aufenthalts zusammen, die von Berichtsjahr zu Berichtsjahr steigt: 1973 hielten sich die in Schleswig-Holstein lebenden Ausländer im Mittel 3,2 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland auf; sechs Jahre später, 1979, bereits 7,3 Jahre, also mehr als doppelt so lange. Daß die Aufenthaltsdauer vom Tage der ersten Einreise

Tabelle 5

Ausländer nach der Aufenthaltsdauer 1973 bis 1979

jeweils 30. September

Jahr	Ausländer insgesamt	Davon mit einer Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren					
		unter 1	1 - 4	4 - 6	6 - 8	8 - 10	10 und mehr
1973	73 203	12 948	31 581	9 851	4 132	3 483	11 208
1974	75 978	8 543	30 956	15 130	4 844	4 138	12 367
1975	77 275	6 673	27 897	16 765	8 453	3 744	13 743
1976	74 847	5 587	22 925	14 926	12 382	4 176	14 851
1977	74 544	5 202	16 850	15 702	14 010	7 109	15 671
1978	74 957	5 207	13 603	14 805	13 042	10 851	17 449
1979	78 296	6 161	13 491	10 560	14 160	12 800	21 124
in %							
1973	100	17,7	43,1	13,5	5,6	4,8	15,3
1974	100	11,2	40,7	19,9	6,4	5,4	16,3
1975	100	8,6	36,1	21,7	10,9	4,8	17,8
1976	100	7,5	30,6	19,9	16,5	5,6	19,8
1977	100	7,0	22,6	21,1	18,8	9,5	21,0
1978	100	6,9	18,1	19,8	17,4	14,5	23,3
1979	100	7,9	17,2	13,5	18,1	16,3	27,0

berechnet wird, spielt für diesen Vergleich eine weniger wichtige Rolle, sollte jedoch nicht übersehen werden.

Tabelle 5 zeigt auch, daß der Anteil der Ausländer, die sich nur wenige Jahre im Bundesgebiet aufhalten, seit 1973 stark gefallen ist. Der Anteil der Ausländer, die weniger als ein Jahr in der Bundesrepublik Deutschland leben, fiel innerhalb dieser sechs Jahre von 18 auf 8 %, der Anteil derjenigen mit einer Aufenthaltsdauer zwischen einem und weniger als vier Jahren gar von 43 auf 17 %. Dagegen leben heute 18 % statt 6 % zwischen 6 und 8 Jahren und 16 statt 5 % 8 bis 10 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. 10 und mehr Jahre wohnen hier heute 27 % aller Ausländer, 1973 waren es erst 15 %.

Je älter die Ausländer sind, desto länger leben sie bereits im Bundesgebiet. Das gilt nicht für jeden Einzelfall, aber im Mittel. Tabelle 6 zeigt, wie der durchschnittliche Aufenthalt von Altersgruppe zu Altersgruppe fast stetig ansteigt, jenseits des fünfundfünfzigsten Lebensjahres einen Sprung nach oben macht und schon für die 60- bis 65jährigen 20 und mehr Jahre erreicht. Mangels weiterer Informationen läßt sich diese obere Aufenthaltsdauergruppe nicht weiter gliedern. Der kleine Einbruch bei den 20- bis 25jährigen erklärt sich weniger aus der mehr oder minder begrenzten Zeit, den die ausländischen Studenten an

Tabelle 6

Ausländer nach der Aufenthaltsdauer am 30. 9. 1979

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt mittlerer Aufenthalt in Jahren ¹	Männlich	Weiblich
0 - 5	2,5	2,5	2,5
5 - 10	5,6	5,6	5,6
10 - 15	6,5	6,5	6,4
15 - 20	5,5	5,8	5,1
20 - 25	4,4	3,9	4,7
25 - 30	6,6	6,4	6,8
30 - 35	8,0	8,0	8,1
35 - 40	9,0	9,1	8,9
40 - 45	9,6	9,7	9,3
45 - 50	10,5	10,7	10,1
50 - 55	12,8	12,7	13,0
55 - 60	18,3	18,0	18,8
60 - 65	≥ 20,5	≥ 20	≥ 20
65 - 70	≥ 20	≥ 20	17,9
70 - 75	≥ 20	≥ 20	≥ 20
75 und älter	≥ 20	≥ 20	≥ 20
Insgesamt	7,3	7,6	6,8

1) Zentralwert

den Hochschulen des Landes verbringen, sondern mehr aus der hohen Mobilität dieser Altersgruppe.

Der Zusammenhang zwischen Altersaufbau und durchschnittlichen Aufenthalt läßt sich auch für einzelne Staatsangehörigkeiten aufzeigen, z. B. für die Staatenlosen, von denen 44 % mindestens 55 Jahre zählen. Im Durchschnitt lebt ein Staatenloser über 20 Jahre im Bundesgebiet, was zu erwarten war, da ein großer Teil der Staatenlosen durch die Kriegswirren nach Deutschland verschlagen wurden. Ähnliches läßt sich über die Polen sagen, von denen 29 % 55 und mehr Jahre alt sind und die es auf einen durchschnittlichen Aufenthalt im Bundesgebiet von 18 Jahren bringen.

Tabelle 7

Ausländer nach der Aufenthaltsdauer am 30. 9. 1979

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	mittlerer Aufenthalt in Jahren ¹		
Europa			
Belgien	13,0	13,6	12,5
Dänemark	8,8	8,2	9,0
Finnland	8,0	5,3	8,4
Frankreich	6,4	7,1	5,9
Griechenland	8,9	9,2	8,6
Großbritannien u. Nordirland	6,0	5,5	6,8
Irland	2,5	1,3	3,8
Italien	8,9	9,5	7,6
Jugoslawien	8,4	8,7	7,8
Niederlande	9,9	10,8	9,5
Norwegen	8,3	8,2	8,4
Österreich	10,0	10,2	9,9
Polen	18,0	≥ 20	8,8
Portugal	7,4	8,1	6,5
Rumänien	5,7	7,0	4,2
Schweden	8,0	6,9	8,8
Schweiz	14,2	14,3	14,1
Spanien	9,3	9,6	8,8
Tschechoslowakei	8,9	9,0	8,8
Türkei	6,4	6,8	5,7
Ungarn	8,2	9,7	5,3
Afrika	5,1	6,2	3,5
USA	7,2	7,2	7,2
Amerika zus.	6,6	6,8	6,5
Asien	3,6	3,5	3,8
Staatenlos	≥ 20	≥ 20	≥ 20
Insgesamt	7,3	7,6	6,8

1) Zentralwert

Seit November 1973 haben die Auslandsdienststellen der Bundesanstalt für Arbeit ihre Vermittlungstätigkeit eingestellt. Dieser „Anwerbestopp“ trifft die Arbeitnehmer aus Griechenland, Jugoslawien, Portugal, Spanien und der Türkei, nicht aber die im Rahmen der EG freizügigen Italiener. Aus diesem Anwerbestopp folgt zwangsläufig ein von Jahr zu Jahr steigender durchschnittlicher Aufenthalt der Ausländer aus Anwerbeländern. Daß die einzelnen Werte für die sechs Länder differieren, geht zu einem Teil auch auf den unterschiedlichen Beginn der früheren Anwerbekampagnen zurück:

	1973	1979
Türken	2,5	6,4 Jahre
Portugiesen	2,7	7,4 "
Spanier	3,1	9,3 "
Jugoslawen	3,2	8,4 "
Griechen	3,6	8,9 "
Italiener	4,9	8,9 "

Die Ausländer aus den sechs Anwerbeländern stellen mehr als 60 % aller Ausländer unseres Landes. Sie beeinflussen deshalb ganz wesentlich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der in Schleswig-Holstein lebenden nichtdeutschen Mitbürger. Das gilt insbesondere für die Türken. Andererseits weicht ihre Aufenthaltszeit von der der übrigen Ausländer nicht derart ab, wie vermutet werden könnte.

Die aus den Anwerbeländern stammenden Einwohner halten sich zusammen durchschnittlich 7,1 Jahre im Bundesgebiet auf, die aus dem übrigen Ausland 7,9 Jahre, also nur 0,8 Jahre länger. Vor 6 Jahren, 1973, war der Unterschied etwas größer. Die Ausländer aus den Anwerbeländern hielten sich damals durchschnittlich 2,9 Jahre in Deutschland auf, die übrigen Ausländer 4,6 Jahre.

Gustav Thissen

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht A I 4. Vergleiche auch: „Ausländer in Schleswig-Holstein“ in dieser Zeitschrift, Heft 2/1977, S. 22.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 – 5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtige, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- × = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

noch: 4. Verbraucherpreise in Kiel

noch: b) 1905 bis 1965

Fortsetzung nächste Seite

Jahres- durchschnitt	Roggen- brot 1)	Weizen- klein- gebäck (Semmel u. dgl.) 2)	Weizen- mehl 3)	Weizen- griß	Speise- erbsen, trocken 4)	Reis 5)	Zucker 6)	Salz- heringe	Dorsch, frisch 7)	Rindfleisch	
										-zum Braten 8)	zum Kochen 9)
Preis für 1 kg											
in Pfennig											
1905	22	28	30	50	30	55	56	.	61	155	128
1906	22	28	31	50	30	55	52	.	53	180	140
1907	27	38	32	50	32	55	51	.	54	180	146
1908	28	50	36	50	32	58	53	.	73	166	140
1909	25	50	39	55	33	45	51	.	81	158	143
1910	22	47	40	55	36	45	56	.	75	170	155
1911	21	45	39	55	35	47	59	.	72	182	166
1912	25	47	40	55	34	51	69	.	61	196	173
1913	21	42	39	58	33	51	50	.	.	206	187
1914	25	44	43	63	47	59	51	.	.	201	172
1915	39	68	56	97	.	117	60	.	.	256	228
1916	36	66	57	81	94	129*	68	.	.	493	439
1917	40	54	50	56	.	.	70	.	.	514	420
1918	46	52	54	69	.	.	94	.	.	479	383
1919	59	72	67	111	.	358*	130	.	.	692	558
1920	207	217	252	184	.	1 478	423	.	.	1 697	1 534
1921	305	316	467	887	716	882	846	.	.	3 016	2 852
in Mark											
Monats- durchschnitt											
1922 März	7,37	7,58	7,00	20	14	20	18	.	.	67	65
1922 Juni	8,42	8,95	8,73*	34	17	28	21	.	.	114	105
1922 September	22	25	19	116	99	120	150	.	.	388	273
1922 Dezember	153	158	169	600	600	700	370	.	.	1 360	1 333
1923 Februar	1 121	1 750	2 050	2 280	1 875	2 325	1 050	2 375	.	8 502	8 185
1923 April	1 000	1 600	1 625	2 040	1 975	1 750	2 650	2 650	.	8 922	8 656
1923 Juni	2 745	4 150	5 600	6 800	4 500	6 600	2 775	4 925	.	28 431	26 850
in Tausend Mark											
August	161	214	314	400	346	344	256	186	.	1 329	1 261
in Millionen Mark											
Oktober	1 128	1 672	1 995	2 520	3 373	2 310	3 299	748	.	9 719	9 178
in Milliarden Mark											
November	202	343	334	376	381	296	501	197	.	2 214	2 165
in Pfennig (RM-Währung)											
1924	24	66	41	52	55	49	80	53	71	217	199
1925	33	80	51	69	53	62	68	68	.	234	217
1926	29	80	49	66	55	60	64	64	.	235	217
1927	35	81	62	66	66	60	68	65	45	237	216
1928	35	92	60	64	74	58	59	67	47	244	215
1929	34	100	58	65	71	59	58	67	55	249	219
1930	31	90	61	68	56	63	59	56	58	253	224
1931	29	89	60	60	52	48	64	55	51	226	192
1932	28	89	55	55	54	42	71	55	42	180	145
1933	25	84	47	55	54	39	75	54	45	180	146
1934	25	80	46	54	61	36	77	54	48	179	149
1935	25	73	47	52	68	37	76	54	50	192	167
1936	25	72	47	52	65	41	76	54	57	210	183
1937	25	72	48	51	64	43	76	54	.	.	177
1938	25	72	43	50	62	45	76	56	64	220	178
1939	25	73	44	50	64	44	76	58	61	246	178
1940	25	76	46	50	73	46	76	.	.	.	178
1941	25	76	47	50	74	56	76	.	.	.	178
1942	26	76	44	48	91	65	76	.	81	184	176
1943	25	76	44	46	.	68	76	110	90	182	170
1944 (15. Mai)	25	76	44	.	.	66	76
1945 (15. Okt.)	27	76	42	46	106	68	76	.	.	182	170
1946	30	.	39	46	110	81	87	79	84	180	170
1947	30	76	39	46	90	.	108	101	85	182	177
1948 (15. Mai)	30	76	38	46	.	.	114	89	86	180	180
in Pfennig (DM-Währung)											
1948 (15. Okt.)	35	87	65	61	108	.	114	120	88	282	258
1949	37	81	52	58	120	.	114	109	84	344	325
1950	38	82	50	60	83	138	114	106	80	371	321
1951	46	98	81	84	95	146	119	113	94	419	378
1952	46	105	81	89	138	156	134	109	92	482	439
1953	58 a	119	79	87	147	181	136	105	83	440	397
1954	59	131	79	87	142	159	136	109	89	476	432
1955	60	140	79	87	134	105	136	114	93	488	440
1956	60	136	78	87	111	95	124	114	96	488	449
1957	63	156	79	87	109	94	120	120	96	505	438
1958	70	162	86	93	97	93	124	133	103	520	438
1959	70	165	88	95	114	95	124	128	118	586	472
1960	70	167	87 ^b	95	112	98	124	125	134	594	467
1961	74	183	100	98	108	100	123	135	128	617	474
1962	80	185	107	110	112	105	123	148	130	791	479
1963	87	187	107	112	126	113	123	184	140	807	475
1964	89	204	107	117	130	119	123	199	140	900	543
1965	94	221	107	119	126	125	123	222	164	969	580

*) Provinzdurchschnitt
Fußnoten 1 bis 9 siehe Seite 188
a) nach Fortfall der Subvention

b) Type 405 = 100 Pf

noch: 4. Verbraucherpreise in Kiel

noch: b) 1905 bis 1965

Jahres- durchschnitt	Kalb- fleisch zum Braten 10)	Hammel- fleisch zum Kochen 11)	Schweinefleisch		Schweine- speck, geräu- cherter 12)	Butter 13)	Margarine 14)	Schweine- schmalz, inländ. 15)	Käse, halbfett (20 % Fett i. T.)	Voll- milch, frische, lose
			Kotelett	frisches Bauch- fleisch						
Preis für 1 kg										
für 1 l										
in Pfennig										
1905	175	147	.	138	167	253	128	154	.	15
1906	200	160	.	154	186	261	140	162	.	17
1907	210	143	173	130	167	256	133	154	.	17
1908	214	140	178	130	162	268	134	163	.	17
1909	204	155	202	150	181	272	148	170	.	18
1910	209	157	201	150	184	277	140	181	.	18
1911	211	166	173	136	165	288	140	172	.	19
1912	214	173	208	158	176	290	155	173	.	20
1913	235	204	.	.	196	279	.	175	114	20
1914	221	190	195	143	181	285	163	172	.	20
1915	259	245	300	274	329	402	.	332	.	23
1916	467	423	367	292	410	504	.	463*	.	28
1917	496	460	400	300	.	535	.	.	.	32
1918	400	468	.	.	.	696	.	.	.	42
1919	440	507	.	.	.	1 000	.	.	.	57
1920	1 454	1 392	.	.	.	2 399	.	3 751 ^c	.	150
1921	2 741	2 677	3 833	3 604	.	5 226	.	4 350	.	306
Monats- durchschnitt	in Mark									
1922 März	44	59	69	69	83	112	.	87	.	6,65
1922 Juni	98	115	147	138	152	135	.	138	.	8,40
1922 September	287	330	440	432	528	612	.	573	.	34
1922 Dezember	1 263	1 182	1 720	1 795	2 561	3 128	.	2 933	.	180
1923 Februar	7 628	8 118	8 597	8 940	11 888	13 750	7 500	12 184	.	735
1923 April	8 227	8 317	9 486	9 212	10 370	15 550	6 150	9 795	.	860
1923 Juni	27 426	27 492	30 769	29 032	33 317	33 800	24 875	31 567	.	1 880
August	in Tausend Mark									
August	1 349	1 424	1 807	1 763	2 475	1 446	1 092	2 035	.	75
Oktober	in Millionen Mark									
Oktober	9 117	9 499	11 169	11 216	14 708	11 082	5 580	10 256 ^c	.	618
November	in Milliarden Mark									
November	2 216	2 191	2 512	2 562	3 298	2 065	920	1 265 ^c	.	112
	in Pfennig (RM-Währung)									
1924	270	208	259	212	307	437	148	234	.	31
1925	308	236	293	237	319	462	161	263	200	31
1926	296	247	295	242	319	411	165	264	187	29
1927	304	254	258	196	258	416	164	226	179	29
1928	298	269	261	196	236	440	167	219	190	31
1929	308	289	303	245	271	425	170	241	191	31
1930	306	285	283	211	253	352	159	216	180	27
1931	274	239	217	154	188	321	140	180	149	24
1932	219	174	180	135	162	279	125	154	131	19
1933	210	167	178	140	174	270	147	171	115	20
1934	215	181	.	154	201	305	183	205	127	22
1935	237	204	.	161	205	312	196	205	125	22
1936	271	242	.	165	222	313	196	216	154	22
1937	.	233	.	160	212	315	196	208	155	22
1938	235	184	218	160	212	317	196	208	156	22
1939	.	184	220	160	212	320	196	208	159	22
1940	.	193	.	160	212	353	196	208	173	24
1941	.	197	.	160	212	360	196	208	207	24
1942	260	198	220	160	212	360	196	208	239	24
1943	260	197	220	160	212	360	196	208	244	24
1944 (15. Mai)	.	196	.	160	212	.	196	208	.	24
1945 (15. Okt.)	260	196	220	160	212	360	196	208	226	24
1946	260	196	220	160	212	360	196	208	224	24
1947	260	196	220	160	.	360	196	208	226	24
1948 (15. Mai)	260	360	196	208	224	24
	in Pfennig (DM-Währung)									
1948 (15. Okt.)	320	274	330	228	318	512	244	212	303	35
1949	326	288	436	392	512	512	242	414	304	35
1950	336	340	447	402	456	554	219	303 ^c	195	35
1951	410	397	471	431	495	613	222	350 ^c	216	36
1952	470	430	467	407	464	637	213	410	219	38
1953	482	405	477	390	398	625	206	367	211	38
1954	491	443	512	414	437	635	202	393	205	38
1955	512	462	516	377	389	672	196	357	240	40
1956	548	488	551	400	391	695	200	351	238	42
1957	573	479	579	404	372	711	203	348	236	43
1958	610	486	603	389	331	698	203	329	232	43
1959	642	491	658	417	356	716	211	329	242	44
1960	637	502	703	406	320	647	219	311	245	44
1961	648	532	752	426	334	687	219	338	244	44
1962	663	553	774	432	346	724	219	336	244	44
1963	692	554	824	450	341	726	219	315	244	46
1964	776	556	829	457	348	750	229	334	245	50
1965	878	588	844	439	303	768	242	300	.	50

*) Provinzdurchschnitt

Fußnoten 10 bis 14 siehe Seite 188

c) ausländische Ware

noch: 4. Verbraucherpreise in Kiel

Schluß: b) 1905 bis 1965

Jahres- durchschnitt	Eier 15)	Weißkohl	Speise- kar- toffeln 16)	Bohnen- kaffee, geröstet, lose 17)	Helles Bier 18)	Stein- kohlen 19)	Braun- kohlen- briketts 20)	Gas ²¹⁾		Elektrischer Strom. 21)	
								Arbeits- preis **	Grund- preis **	Arbeits- preis **	Grund- preis **
								für 1 cbm	für 1 Monat	für 1 kWh	für 1 Monat
in Pfennig											
1905	8	.	.	323	.	98	128	1.4. 14	-	1.4. 60	1.4. 75
1906	8	.	.	320	.	98	115	14	-	60	75
1907	8	.	.	320	.	145	141	14	-	60	75
1908	9	.	.	320	.	131	142	14	-	60	75
1909	9	.	55	250 ^d	.	121	129	1.4. 16	-	1.4. 55	1.4. 50
1910	9	.	55	273	.	115	128	16	-	55	50
1911	9	.	55	303	.	119	125	16	-	55	50
1912	10	.	55	333	.	161	145	16	-	55	50
1913	10	.	45	303	.	150	140	16	-	55	50
1914	11	.	55	305	.	155	141	16	-	55	50
1915	17	.	80	344	.	200*	160	1.8. 17,6	-	1.8. 60,5	50
1916	28	.	70	(495)	.	230	170	1.4. 19,2	-	1.4. 66	50
1917	33	.	100	.	.	285	221	1.8. 20 ^e	-	66	50
1918	36	.	130	.	.	325	289	20	-	66	50
1919	113	.	160	.	.	635	600	1.4. 35	-	1.4. 93,5	.
1920	207	.	400	5 863	.	2 095	1 973				
1921	210	.	810	5 650	.	2 805	2 288				
in Mark											
Monats- durchschnitt						71	54				
1922 März	3,05	.	29	168	.	116	87				
Juni	5,30	.	26	240	.	474	320				
September	16	.	51	1 100	.	2 990	2 010				
Dezember	78	.	115	6 600	.	11 110	6 490				
1923 Februar	295	.	725	30 000	.	14 000	8 095	fortlaufend erhöht in Anpassung an die Kohlenpreise			
April	318	.	490	23 600	.	28 538	14 935				
Juni	1 000	.	3 665	86 000	.						
in Tausend Mark											
August	57	.	255	3 800	.	2 623	1 183				
in Millionen Mark											
Oktober	470	.	1 460	20 920	.	14 475	6 215				
in Milliarden Mark											
November	142	.	255	3 300	.	2 043	1 287				
in Pfennig (RM-Währung)											
1924	17	20	65	578	.	310	196	1.4. 10	1.4. 250	1.4. 20	1.4. 125
1925	17	16	70	702	.	221	180	10	250	20	125
1926	15	16	60	720	.	238	202	10	250	20	125
1927	14	16	90	707	.	239	207	10 12, (14) 10	250	1.1. 25	125
1928	15	21	70	643	73	171	207	10	250	25	125
1929	16	23	65	639	75	241	220	10	250	25	125
1930	13	10	55	609	78	238	221	1.12. 11	250	25	125
1931	11	16	55	565	81	225	209	11	250	1.7. 26	1.7. 150
1932	9	9	45	548	70	205	187	11	250	26	150
1933	10	9	35	537	68	204	193	11	250	26	150
1934	11	15	51	515	70	204	191	11	250	26	150
1935	11	15	52	506	70	204	191	11	250	26	150
1936	11	14	49	480	70	198	190	11	250	26	150
1937	11	14	47	480	70	186	181	11	250	26	150
1938	12	14	47	480	70	182	177	11	250	26	150
1939	12	14	48	480	73	182	177	11	250	26	150
1940	12	16	48	.	81	182	178	11	250	26	150
1941	12	16	52	.	82	.	.	1.4. 16	1.4. 40	1.4. 8	1.4. 140
1942	12	17	56	670	79	182	178	16	40	8	140
1943	12	16	64	745	.	.	.	16	40	8	140
1944 (15. Mai)	12	.	57	.	78	182	176	16	40	8	140
1945 (15. Okt.)	14	11	56	.	.	182	.	16	40	8	140
1946	.	21	72	1 500 ^f	.	.	243 ^g	16	40	8	140
1947	13	23	87	16	40	8	140
1948 (15. Mai)	13	.	75	.	.	.	280	16	40	8	140
in Pfennig (DM-Währung)											
1948 (15. Okt.)	85 ^h	11	60	5 600	144	372	278	1.8. 19	40	1.8. 10	140
1949	43 ^h	18	74	2 802	162	415	261	19	40	1.7. 11	140
1950	22 ^h	23	74	2 998	164	425	274	19	40	11	140
1951	23	21	74	3 221	148	491	308	1.7. 21,5	40	11	1.7. 200
1952	25	26	96	3 319	148	509	319	1.7. 24	40	1.7. 12	1.7. 210
1953	24	19	85	2 928	148	514	323	24	40	12	210
1954	23	30	88	2 333	152	531	327	24	40	12	210
1955	24	34	94	2 171	168	537	358	24	40	12	210
1956	25	32	113	2 068	174	555	382	24	40	12	210
1957	23	20	85	2 030	176	588	402	24	40	12	210
1958	23	28	104	1 894	176	621	431	24	40	12	210
1959	22	41	145	1 748	176	616	448	24	40	12	210
1960	21	39	125	1 746	171	625	477	24	1.7. 125	12	210
1961	21	35	116	1 728	170	637	498	24	125	12	210
1962	20	53	157	1 719	172	656	528	24	125	12	210
1963	25	50	121	1 661	178	678	551	24	125	12	210
1964	21	37	125	1 653	184	692	570	1.7. 23	125	12	210
1965	23	49	160	1 648	189	701	597	23	125	12	210

*) Provinzdurchschnitt **) ein Datum (z.B. 1.4.) vor einer Preisangabe bedeutet, daß der angegebene Tarif von diesem Stichtag des betr. Jahres an bis zur nächsten Änderung gilt (Ausnahme 1919 bis 1923) Fußnoten 15 bis 21 siehe Seite 188
d) ab 1909 häufigster Preis, vorher Mittel aus höchstem und niedrigstem Preis e) bis 40 cbm/Monat 20 Pf, darüber 32 Pf
f) 15. Mai g) November/Dezember h) nicht preisgebunden

